

# Total normal

Bürgerrechte von Lesben, Schwulen,  
trans- und intersexuellen Menschen

17/8

*Uns geht's ums Ganze.*  
[www.gruene-bundestag.de](http://www.gruene-bundestag.de)

**BÜNDNIS 90  
DIE GRÜNEN**  
BUNDESTAGSFRAKTION





# Akzeptanz und Normalität

---

Es hat sich viel getan: Lesbische Fernsehmoderatorinnen, schwule Showmaster, offen lebende Spitzenpolitiker in den meisten Parteien gehören heute zum gesellschaftlichen Bild in Deutschland. Selbst in der Bundeswehr ist Homosexualität offiziell kein Tabu mehr. Doch total normal? Nicht wirklich. Lesben, Schwule sowie trans- und intersexuelle Menschen werden noch längst nicht überall selbstverständlich anerkannt.

Wir Grüne kämpfen für die rechtliche Gleichstellung und werben für Akzeptanz im Alltag. Mit dem Lebenspartnerschaftsgesetz haben wir 2001 das Fundament hierzu gelegt. Jetzt muss es weitergehen.

Vor zehn Jahren war Deutschland Vorreiter: das erste große EU-Land mit einem Partnerschaftsgesetz. Heute haben uns viele Länder überholt. In Spanien, Belgien, Schweden, Norwegen, Portugal und den Niederlanden wurde die Ehe für gleichgeschlechtliche Paare geöffnet. Das ist der Weg der Zukunft, den wir auch in Deutschland gehen wollen.

Der Weg ist steinig. Ob erweiterter Grundrechtsschutz, volles Adoptionsrecht oder verbesserte Regeln gegen Diskriminierung in Europa – die Regierung Merkel/Westerwelle fährt einen Blockadekurs. Aber wir lassen nicht locker!

# Diskriminierungs- schutz ins Grundgesetz

---

Anfeindungen, gewaltsame Übergriffe und rechtliche Benachteiligungen sind noch nicht Vergangenheit. Rechtliche Gleichstellung ist noch nicht überall durchgesetzt. Lesben und Schwule, ebenso wie bisexuelle, transsexuelle und intersexuelle Menschen brauchen endlich vollen Grundrechtsschutz. Dazu haben wir im November 2009 einen Gesetzentwurf in den Bundestag eingebracht. Wir wollen, dass Artikel 3 des Grundgesetzes ergänzt wird und zukünftig klarstellt: Niemand darf wegen seiner sexuellen Identität benachteiligt werden.

Das ausdrückliche Verbot der Diskriminierung im Grundgesetz wäre ein dauerhaft wirksames Signal in die Gesellschaft und gleichzeitig eine klare Maßgabe für Gesetzgeber und Rechtsprechung, die derzeit fehlt. Angesichts der Geschichte der Homosexuellenverfolgung in Deutschland wäre eine Grundgesetzergänzung auch ein Akt der historischen Wiedergutmachung.

# Vielfalt leben – gegen Homophobie

---

Auf Schulhöfen, in Fußballstadien und in bestimmten Musikszenen tauchen immer wieder homo-feindliche Parolen auf und bereiten den Boden für Gewalt. Weghören gilt nicht, wenn Minderheiten gehetzt werden. Eine Bundesregierung darf nicht wegschauen, wenn religiöse Hardliner Lesben und Schwule in „Therapien“ zur Umpolung drängen. Verantwortliche Politik muss in der Gesellschaft viel stärker für Vielfalt und Akzeptanz werben. Wir fordern einen „Nationalen Aktionsplan gegen Homophobie“. Bund, Länder und Kommunen müssen aktiv Vorurteilen vorbeugen. Sie sollen homophoben Anfeindungen, Ausgrenzung von Transgendern und Gewalt entschieden entgegenzutreten.

Auch in der Europäischen Union muss der rechtliche Schutz vor Diskriminierung verbessert werden. Die EU-Kommission will die bestehenden Antidiskriminierungsrichtlinien ergänzen. Damit würden zum Beispiel Lesben und Schwule in Osteuropa vor Diskriminierung geschützt. Doch Schwarz-Gelb leistet hartnäckig Widerstand.



*„Wir brauchen eine Gesellschaft, in der geschlechtliche Vielfalt auch jenseits von Mann und Frau lebbar ist. Inter- und transsexuelle Menschen brauchen unsere Unterstützung zur Wahrung ihrer Menschenrechte.“*

**Monika Lazar MdB**  
ist Sprecherin für Frauenpolitik

# Regenbogenfamilien stärken

---

In jeder achten gleichgeschlechtlichen Lebensgemeinschaft wachsen Kinder auf. Viele tausend Kinder erleben tagtäglich, dass Lesben und Schwule verantwortliche Eltern sind. Diese Regenbogenfamilien haben ein Recht auf Anerkennung. Aber die Kinder sind nach wie vor rechtlich und finanziell nicht so gut abgesichert wie andere Kinder. Das wollen wir ändern. Gegen den erbitterten Widerstand der CDU/CSU haben wir bereits die Adoption von Kindern innerhalb der eingetragenen Lebenspartnerschaft ermöglicht („Stiefkindadoption“). Jetzt kämpfen wir für das gemeinschaftliche Adoptionsrecht. Denn es gibt keinen sachlichen Grund, gleichgeschlechtlichen Paaren das volle Adoptionsrecht pauschal zu verweigern. Ebenso muss mit Diskriminierungen bei der Steuer Schluss sein. Es kann nicht angehen, dass Kinder wegen ideologischer Vorbehalte gegenüber der Lebensform ihrer Eltern finanziell schlechter gestellt werden. Alle Familien müssen dem Staat gleich viel wert sein.

# Grundrechte trans- und intersexueller Menschen sichern

---

Eine radikale Reform des Transsexuellenrechts ist überfällig. Wir wollen bürokratische Hürden für die Vornamensänderung und Geschlechtsanpassung abbauen. Es ist höchste Zeit, dass die tatsächliche Vielfalt von Identitäten akzeptiert wird, anstatt transsexuelle Menschen in vorgegebene Raster zu pressen und ihnen das Leben schwerzumachen.


In Deutschland werden jedes Jahr etwa 150 Kinder geboren, die keinem Geschlecht eindeutig zugeordnet werden können. Auf sie wartet meist eine lange Serie von chirurgischen und hormonellen Eingriffen. Die zwangsweise Geschlechtsanpassung intersexueller Menschen muss ein Ende haben! Die Welt ist nicht ausschließlich zweigeschlechtlich. Wir treten für die Menschenrechte Intersexueller ein. Geschlechtliche Uneindeutigkeit muss rechtlich zugelassen werden.

# Einsatz für Menschenrechte

---

In vielen Ländern wird Lesben, Schwulen, Bisexuellen sowie trans- und intersexuellen Menschen das Leben zur Hölle gemacht. In über 80 Staaten ist Homosexualität strafbar. In Afghanistan, Iran, Jemen, Mauretanien, Saudi-Arabien, Sudan und den Vereinigten Arabischen Emiraten droht sogar die Todesstrafe.

Antihomosexuelle Gewalt bleibt in vielen Ländern ungeahndet. In Russland werden Menschen niedergeknüppelt, die öffentlich für die Rechte von Schwulen und Lesben eintreten. Auch innerhalb der EU halten manche PolitikerInnen und religiöse Führer Hetzreden und stacheln zu Hassverbrechen auf. BürgerrechtsaktivistInnen brauchen konkrete Unterstützung. Wir zeigen Flagge – sei es in Moskau, Riga oder in Warschau. In der Entwicklungspolitik muss Deutschland ebenfalls auf die Einhaltung der Menschenrechte pochen, auch bei der Bekämpfung von AIDS. Wo Homosexualität tabuisiert ist, wo Menschen wegen ihrer Art zu lieben in Illegalität leben müssen, wird ihnen AIDS-Prävention unmöglich gemacht. Dazu darf deutsche Politik nicht schweigen.



*„Alle Menschen sind frei und gleich  
an Würde und Rechten geboren.  
Das gilt für Hetero- wie Homosexuelle.“*

**Volker Beck** MdB

ist Sprecher für Menschenrechtspolitik

## Noch Fragen?

### **Bündnis 90/Die Grünen Bundestagsfraktion**

Arbeitskreis 3: Demokratie, Recht und Gesellschaftspolitik

Volker Beck MdB, Erster Parlamentarischer Geschäftsführer  
und Sprecher für Menschenrechte

Monika Lazar MdB, Sprecherin für Frauenpolitik und  
Sprecherin für Strategien gegen Rechtsextremismus

T. 030/227 56789, F. 030/227 56552, [info@gruene-bundestag.de](mailto:info@gruene-bundestag.de)

## Bundestagsdrucksachen:

- 17/88 Diskriminierungsschutz ins Grundgesetz
- 17/1202 Diskriminierungsschutz europaweit ausbauen
- 17/1429 Adoptionsrecht für Lesben und Schwulen
- 17/2211 Reform des Transsexuellenrechts
- 17/4042 Rehabilitierung der nach § 175 StGB Verurteilten
- 17/4112 Ungleichbehandlung der Lebenspartnerschaften
- 17/4546 Jugendliche stärken
- 17/5528 Grundrechte von intersexuellen Menschen

*Diese Veröffentlichung informiert über unsere parlamentarische Arbeit im Deutschen Bundestag. Sie darf im Wahlkampf nicht als Wahlwerbung verwendet werden.*

## Impressum:

**Bündnis 90/Die Grünen Bundestagsfraktion**

Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Gestaltung: Jakina U. Wesselmann

Stand: Mai 2011

Schutzgebühr: 0,05 €